

[P]

[www.pg.blogsport.de](http://www.pg.blogsport.de)

Dez  
2014

---

**Das Stichwort:  
Gefühl und Verstand 3**

**Arbeitslosigkeit—  
Ursachen, Gefahren, Bekämpfung  
in der demokratischen  
Besprechung:  
Ein abschreckendes  
Kritikmuster 10**

**Ein Sittengemälde der bürger-  
lichen Klassengesellschaft:  
Vorweihnachtliche Spenden-  
aktionen 21**

---



überarbeit. und erw.  
Fassung des Artikels in  
GegenStandpunkt 3-12  
und 4-12, 132 S.,  
DIN-A5, Fadensiegelung  
mit Efalinkarton  
ISBN 978-3-929211-14-6  
10 EUR

Alle brauchen Arbeit—viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist—warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt. (...)

## Das Stichwort: Gefühl und Verstand

Dass diese beiden einen *Gegensatz* bilden, gilt im Reich der Wissenschaft als ausgemacht. Ebenso, dass jeder dieser beiden Pole vom Standpunkt des jeweils anderen sein Plus und Minus verdient hat. So darf bei „Gefühl“ in Abgrenzung zur „kalten Intelligenz“, die sich manches Zerstörungswerk nachsagen lassen muss, alles Gute assoziiert werden: Von „echt“ über „unmittelbar“ bis „harmoniestiftend“ reichen die dem Gefühl zugesprochenen Attribute, und ein ganzes Geschlecht rühmt sich, diese Vorzüge des Fühlens so ziemlich gepachtet zu haben. Sogar in den Rang eines unwidersprechlichen Arguments hat man das Gefühl erhoben: „*Ich empfinde es eben so!*“

Solcher *Missbrauch* des Gefühls als *Argumentersatz* leuchtet genau denselben Leuten schwer ein, die andererseits dem Gefühl den harschen Vorwurf *fehlender Vernunft* zu machen verstehen. Da fängt man sich schon mal leicht den Vorwurf der weltfremden Gefühlsduselei oder auf Lateinisch: emotionaler Argumentation ein, wenn man sich über eine Unschönheit der bürgerlichen Welt empört. So jemand muss sich dann sagen lassen, dass er es an der nötigen „vernünftigen“ Distanz fehlen lasse, die dann nicht kalte Intelligenz heißt.

Offenbar denken bürgerliche Geister eben bei Gefühl *und* Verstand immer nur an das Eine: Die *Anpassung* an die bürgerlichen Realitäten wird einem Willen abverlangt, wann immer er in dem Verdacht steht, sich der *Abweichung* schuldig zu machen. Und diese klagen solche Leute an, wenn sie einmal gefühlskalte Intelligenz, das andere Mal unvernünftige Gefühlsduselei monieren. Die Fähigkeit, Fühlen und Nachdenken, diese unterschiedlichen *Formen* der Willensbetätigung, richtig zu unterscheiden, leidet unter dieser Parteilichkeit allerdings ein wenig.

## Vom Fühlen und Denken

Im Gefühl *misst* das Individuum die Lage, in der es sich befindet, an seinem Bedürfnis und *empfindet* die Übereinstimmung oder Differenz von seinsollendem und vorliegendem Zustand als *angenehm* oder *unangenehm*:

**„Der fühlende Wille ist daher das Vergleichen seines von außen kommenden, unmittelbaren Bestimmtheits mit dem durch seine eigene Natur gesetzten Bestimmtheits. Da das letztere die Bedeutung dessen hat, was sein soll, so macht der Wille an die Affektion diese Forderung, mit jenem übereinzustimmen. Diese Übereinstimmung ist das Angenehme, die Nichtübereinstimmung das Unangenehme.“**

(Hegel, *Enz. III § 472, Hervorhebungen im Original*)

Die besonderen Arten des Gefühls—Freude, Furcht, Ärger, Trauer, Zuneigung, Scham etc.—ergeben sich daher aus den beiden Seiten des Vergleichs; dem, was sich das Individuum als erwünschte Lage vorgenommen hat einerseits und der der Bewertung der vorfindlichen Situation andererseits. Furcht, „*das Gefühl meines Selbstes und zugleich eines mein Selbstgefühl bedrohenden Übels*“ (ebd.), empfindet nur, wer seine Lage als gefährlich *einschätzt*, statt sich in Sicherheit zu wiegen. In der Scham z. B. empfindet der Mensch die Abweichung seines Tuns von einer von ihm gebilligten Pflicht, was ein mit moralischen Maßstäben ausgestattetes Individuum voraussetzt.

Der *Maßstab*, an dem das Subjekt die Welt im Fühlen misst, ist dabei ebensowenig Gegenstand der Reflexion wie die Beurteilung der Situation. Beides ist *vorausgesetzt*. Dabei können ganz zufällig gewählte Gesichtspunkte, die keinem Argument je standhalten würden, ebenso zur Anwendung kommen wie andere, denen ein fertiges Weltbild zugrunde

liegt. Wer am Montagmorgen gerademal die richtige Konsistenz seines Frühstückseies zum Dreh- und Angelpunkt seines Lebensgefühls erkoren hat, dem mag ein zu hart gekochtes Ei die Laune für den Tag verderben. Wer bei der Nationalhymne von einem wohligen Schauer ergriffen wird, der hat schon mehr mit sich angestellt, als sich den Zufälligkeiten von Launen hinzugeben. Der muss schon das Urteil über seine Nation im Hirn haben, er sei in ihr bestens aufgehoben. Und Ärger über Obamas Beschluss, die Truppen in Afghanistan aufzustocken, wird nur empfinden, wer eine Kritik am Krieg in Afghanistan hat.

Das Individuum bringt also u. a. die Quintessenz seiner Einsichten über die Welt als Maßstab des Fühlens zur Anwendung, ohne sich die *Gründe* dafür jeweils neu vorlegen zu müssen. Ihm ist z. B. seine Stellung zum Afghanistankrieg gewiss, und der Ärger stellt sich deshalb automatisch ein, ohne dass es sich seine Einwände gegen diesen Krieg in Erinnerung rufen müsste. Daher können sich Gefühlsurteile auch von Verstandesurteilen trennen. Die neu gewonnene Einsicht, dass Eifersucht ein Fehler ist, *fällt nicht zusammen* mit der Korrektur des gewohnheitsmäßig und selbstverständlich im Gefühlsurteil angelegten Maßstabs, so dass man in diesem Fall nicht umhinkommt, sich zu kritisieren, wenn man sich im alten Fahrwasser ertappt.

Im praktischen Gefühl liegt ein Widerspruch, welcher seine vernünftige Auflösung im *Übergang* zum Verstandesurteil findet: Der Vergleich von sich mit der Welt wird vom Individuum angestellt, weil es die *praktische* Übereinstimmung seiner objektiven Lage mit seinen Interessen will. Zugleich verhält es sich im Fühlen passiv. Es lässt sich von einer ihm *vorausgesetzten* Realität beeindrucken. Wer sich über etwas ärgert, wird es daher rationellerweise nicht beim Ärgern, dem Konstatieren von Abweichung belassen, sondern darauf sinnen, den Grund seines Ärgers zu *beseitigen*.

**„Im praktischen Gefühl ist es zufällig, ob die unmittelbare Affektion mit der inneren Bestimmt-**

heit des Willens übereinstimmt oder nicht. Diese Zufälligkeit, dieses Abhängigsein von der äußeren Realität, widerspricht dem sich als das An-und-für-sich Bestimmte erkennenden, die Objektivität in seiner Subjektivität enthalten wissenden Willen. Dieser kann deshalb nicht dabei stehenbleiben, seine immanente Bestimmtheit mit dem Äußerlichen zu vergleichen und die Übereinstimmung dieser beiden Seiten zu finden, sondern er muss dazu fortschreiten, die Objektivität als ein Moment seiner Selbstbestimmung zu setzten, jene Übereinstimmung, seine Befriedigung also selber hervorzubringen.“ (ebd. § 473)

Wer es darauf abgesehen hat, seine Lebensumstände seinen Interessen gemäß zu *machen*, sollte sich dabei allerdings nicht von seinem Gefühl *leiten* lassen. Wenn nämlich die richtige Abhilfe gefragt ist, dann bedarf das der Loslösung von der Befangenheit im vergleichenden Urteil zugunsten einer *objektiven Prüfung* der beiden Seiten des Vergleichs. Zur Klärung der Frage, *warum* ein ärgerlicher Zustand herrscht, damit man weiß, wo der Hebel der Änderung anzusetzen ist, trägt das Gefühlsurteil, dass er vom Ideal abweicht, wenig bei. Wer Angst hat, seine Bremsen könnten versagen, der sollte sich weder der Empfehlung der Psychologie anschließen, seine Angst in gruppendynamischen Sitzungen zu bearbeiten, noch sollte er die psychologische Lüge glauben, Angst sein ein Mechanismus, der zu sinnvollem Fluchtverhalten führe. Vielmehr empfiehlt es sich, seinen Verstand zu gebrauchen und die nächste Werkstatt anzulaufen. Wenn es darum geht, den *Grund* der Angst zu beheben, ist Angst wirklich der schlechteste Ratgeber.

## Die Bürgerliche Ideologie: Gefühl gut – Verstand schlecht

Die bürgerliche Manier, Gefühl und Verstand nicht zu unterscheiden, sondern mit moralischen Plus- und Minuspunkten zu versehen, will dem Fühlen das Lob zuteil werden lassen, hier herrsche keine „Zweckrationalität“. Fühlen bürge daher im Gegensatz zum Verstand für „liebende Hingabe“, Harmonie und wie die Attribute alle heißen. Diese Übersetzung hat zwar die Wahrheit nicht auf ihrer Seite, denn *Zweckfreiheit* kennzeichnet ein fühlendes Individuum sicher nicht; und wer einmal einen Wutausbruch erlebt hat, mag auch die harmoniestiftende Qualität des Gefühlslebens bezweifeln. Aber dieses falsche Lob der Emotion plaudert immerhin aus, welches *Moment* bürgerlichen Ideologen am Fühlen so gut gefällt. Dass der Mensch sich im Gefühl *nicht* theoretisch zum *Herrn* der ihn umgebenden Lebensumstände macht, das hat es ihnen angetan. So sehr, dass sie diese *negative* Bestimmung, Fühlen sei *nicht* Begreifen und Bestimmen der Welt, zur Eigenart des Gefühls machen. Im Willen zum Begreifen der Realität vermuten sie nämlich die Absicht, sie nach eigenem Bilde zu *formen*. Und in dieser menschlichen Schwäche, auch Egoismus genannt, liegt bekanntlich die Quelle aller Übel, vom Krieg bis zur Atomkraft. Dabei muss man nur die kleine Verwechslung unterschreiben, alles Missliebige auf der Welt verdanke sich der Tatsache, dass „*der Mensch*“ sich „*die Schöpfung untertän*“ machen will und nicht etwa dem *Inhalt* der in dieser Republik qua Gewalt verbindlich gemachten Ziele von Kapital und Staat.

### ... und umgekehrt

Nichts belegt schöner, welcher Standpunkt dem Gefühl solche Ehren eingebracht hat, als das *perfade Lob* des Verstandes, das aus derselben Quelle stammt: Die Aufforderung „*Sei doch vernünftig!*“ und „*Reagier doch nicht so emotional!*“ ist nicht misszuverstehen als Aufruf, für die eigene Sache Vernunft zu bemühen. Hier handelt es sich um einen

*Ordnungsruf*, der dann ergeht, wenn jemand in den Verdacht gerät, sein *Interesse* zum Maß der Dinge zu erheben, statt die „*Vernunft*“ der *Anpassung* an das Vorhandene zur Richtschnur seines Treibens zu machen. Dieser Vorwurf, „bloß emotional“ zu sein, wendet sich daher auch gegen Äußerungen, die sich ganz auf dem Feld des *Argumentierens* bewegen. Dass „*Angst ein schlechter Ratgeber ist*“, diese Kritik haben sich zu Nachrüstungszeiten Friedensbewegte eingefangen, die *Einwände* gegen diesen Aufrüstungsschritt zu machen wussten. Hier fällt eben denselben Leuten, die ansonsten das Gefühl als Hort der Zweckfreiheit hochleben lassen, ein Mangel des Gefühls ein. Das Gefühl kann sich nämlich ganz subjektiv gewählte Gesichtspunkte zur Messlatte machen, die gar nicht zur gewünschten Deckung von Individuum und Realität führen, die man doch dem Gefühl so gern als Leistung bescheinigt. Dass diese *Feststellung* einer Abweichung dasselbe wie *Kritik* ist, wissen Leute ganz genau, die verlangen, dass man sich seine Maßstäbe fürs Fühlen *und* Urteilen bei den herrschenden Instanzen abzuholen hat. Wer die Gleichung verletzt, Vernunft sei dasselbe wie selbstbewusstes Sich-fügen, dem wird mit dem Totschläger „*bloß gefühlsgelitet*“ mitgeteilt, dass er das Recht auf argumentative Befassung verwirkt hat.

### In bester Gesellschaft

Mit dem Lob auf die Vernunft als Kontrollinstanz gegen die „*subjektive Willkür*“ befindet sich die Wissenschaft also in bester Gesellschaft. Ebenso mit der Verherrlichung des Gefühls als Bürge gegen menschliche Amtsanmaßung. Welche Merkel wüsste denn nicht, dass unsere Kultur im allgemeinen und die Erziehung im besonderen an einer „*Überfrachtung*“ mit Ratio krankt, die, weil zutiefst inhuman, einer echten „*Herzensbildung*“ Platz machen sollte?

Auch die politisch Verantwortlichen wissen eben am Gefühlsurteil sehr zu schätzen, dass hier ohne „*Hinterfragen*“ geurteilt wird. Die gewünschten nationalen Ideologien wol-



len sie der Prüfung durch den Verstand nämlich lieber nicht aussetzen. Der nimmt sich ja am Ende die Freiheit heraus, die Zustimmung zum großen Ganzen von dafür gelieferten guten Gründen *abhängig* zu machen. Und da es solche offenbar nicht gibt, hängt man dem Manipulationsideal an, das „Pro“ möge sich ohne Infragestellung durch die Ansprüche der Vernunft ins Gefühl versenken lassen. Auch diese Vorstellung hat zwar die Wahrheit nicht auf ihrer Seite, denn der gefühlsmäßige Zuspruch zur Nation hängt allemal davon ab, dass ein Mensch sich dafür (verkehrte) gute Gründe zurechtgelegt hat. Sie kündigt aber immerhin davon, wie *unbedingt* demokratische Politiker den Nationalismus im Volk verankert sehen wollen.

### **Fazit:**

Die Entgegensetzung von Gefühl und Verstand, die am Gefühl die „*Abwesenheit von Zweckrationalität*“ und die Vernunft als Zügel gegen die „*subjektive Willkür*“ des Gefühls schätzt, stellt der bürgerlichen Gesellschaft kein gutes Zeugnis aus. In beiden Fällen steht nämlich die *freie* Stellung am Pranger, die die Welt an den eigenen Interessen misst und den Standpunkt zu ihr vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig macht.

### **„Aber ich empfinde es so!“**

**So beruft sich mancher aufs Gefühl, um einen Standpunkt gegen Einwände zu rechtfertigen. Gerade so, als sei das Fühlen eines Menschen etwas so Hochwertiges und Unwidersprechliches, dass man den darin ausgedrückten Willen auch gleich zu respektieren statt zu kritisieren hat. Vorsicht! Auch der letzte Faschist hat den Hass gegen die Juden und die Liebe zu Deutschland, für das er gemordet hat, ganz tief empfunden. Das macht die Sache doch nicht besser, oder?**

# Arbeitslosigkeit—Ursachen, Gefahren, Bekämpfung in der demokratischen Besprechung

## Ein abschreckendes Kritikmuster

Zeitgenössische Demokraten sind sozial denkende Menschen. Arbeitslosigkeit halten sie für ein Übel. Auf dieses Übel angesprochen, pflegen sie energisch zu beteuern: „Damit dürfen wir uns nicht abfinden.“ Gelegenheit zu solchen Bekenntnissen gibt ihnen der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik seit Jahren reichlich. Seit der ersten Million—bei so markanten Zahlen ist dann von echter Massenarbeitslosigkeit die Rede—finden sich Politiker, Gewerkschaftler und Journalisten öffentlich nicht damit ab. Jede angekündigte oder vollzogene Entlassung ist eine Herausforderung für sie; und immer landen sie bei der radikalen Forderung, jetzt und schon längst müsse gehandelt werden. Der Konsens in dieser Frage ist erstaunlich. Gott und die Welt sind der Überzeugung, dass Arbeitslosigkeit gebremst, vermindert und eigentlich ganz weg gehört.

Zeitgenössische Demokraten sind aber auch vernünftig und realistisch. Das heißt, sie prüfen ihre Wünsche und unverzichtbaren Anliegen auch, und zwar an den Erfordernissen der Praxis. Sie halten sich an das Machbare und Mögliche, anerkennen also auch Notwendigkeiten, dort wo immer sie welche antreffen. Dass ein Unternehmen bei Verlusten, eingefahrenen oder drohenden, wegen Exportrückgang oder verändertem Wechselkurs, nicht einfach Leute bezahlt arbeiten lassen kann, leuchtet ihnen ein. Wo kein Geschäft geht, ist „Beschäftigung“ nicht drin. Umgekehrt muss die „Beschäftigung“ natürlich so bemessen sein, dass sie auch ein Geschäft garantiert. Denn ohne Geschäft keine „Beschäftigung“. Realistische Menschen wissen eben, welche „Sach-

zwänge“ die Welt regieren. Nur deswegen finden sie sich dann auch mit der Arbeitslosigkeit ab. Zähneknirschend und allzeit bereit, die Opfer zu beklagen und zu bemitleiden, „resignieren“ sie vor den inzwischen Millionen Arbeitslosen.

Zeitgenössische Demokraten sind insofern widersprüchlich Leute. Sie betören ihre Umwelt mit dem moralischen Auftrag entschlossen gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Und gleichzeitig bekunden sie, dass die Erfüllung dieses Auftrags wohl scheitern muss: nämlich an den Notwendigkeiten, die mit den Grundrechnungsarten der freien Marktwirtschaft nun einmal in Kraft sind. So gerne sie ihr Bedauern und ihre „Betroffenheit“ und ihr Entsetzen über die Massenarbeitslosigkeit zur Schau stellen, so sachkundig geben sie sich in ihrem Respekt vor den Kalkulationen, die ihres Wissens Arbeitslosigkeit unvermeidlich machen.

So machen zeitgenössische Demokraten aus den Arbeitslosen Werbeträger für ihre *guten Absichten* und lasten ihr Scheitern haargenau *dem System* an, das sie befürworten.

### **Arbeitslosigkeit: Ein Versäumnis ihrer Macher ...**

Arbeitslose vermehren sich auf denkbar einfache Weise. Immer wieder vermeldet ein Unternehmen, dass das Arbeiten seiner Belegschaft, insgesamt oder teilweise, nicht mehr rentabel ist. Wenn die Entlassungen mit roten Zahlen begründet werden, melden sich garantiert gestandene Gewerkschaftler, aber auch „Bild“-Zeitung und „Handelsblatt“ zu Wort. Sie klären die Schuldfrage, bezichtigen die Unternehmensleitung ernster Fehler und ernennen die frischen Arbeitslosen zu *Opfern des „Missmanagements“*.

Mit diesem Vorwurf tun sich besonders Betriebsräte im Namen der Kollegen lautstark hervor. Sie wissen sich als Arbeitnehmervertreter zur Kritik berechtigt. Selbstverständlich sind sie gegen die Kündigungen, weil sich ein entlassener Kollege eben eindeutig schlechter stellt als ein verdienender. Dieser Tatsache entnehmen sie allerdings

sogleich den Leitfaden für ihren Protest. Der geht auf in dem Anspruch auf „*Beschäftigung*“—und für dessen Erfüllung ist bzw. wäre schließlich der Betrieb zuständig. Dass er dieser Pflicht bisher nachgekommen ist, jetzt aber nicht mehr, verrät deren Fehler: Wenn bis gestern die Kalkulation des Unternehmens so erfreulich mit dem Interesse an „*Beschäftigung*“ harmoniert hat, jetzt aber das Geschäft die Indienstnahme der Arbeiter nicht mehr „*erlaubt*“, dann hat sich die Betriebsleitung vertan. Hätte sie für einen guten Geschäftsgang Vorsorge getroffen, wären die *Entlassungen* glatt *überflüssig* gewesen!

Es ist nicht zu bestreiten, dass diese Sorte Kritik, die sehr wie eine nachträgliche Unternehmensberatung klingt, einiges leistet: Sie begrüßt sehr grundsätzlich die Berechnungen eines kapitalistischen Betriebs als Lebensbedingung von Lohnabhängigen. Dass *diese* Berechnungen gerade gegen die großartige Sozialeistung namens „*Beschäftigung*“ ausschlagen—die Entlassungen finden ja gerade *zwecks* *Geschäft* statt -, übersetzt sich der Anwalt gedeihlichen Zusammenwirkens von Arbeit und Kapital in einen Fehler, den das Kapital entgegen seinen Gewohnheiten und Pflichten verbrochen haben soll. Genau in dem Augenblick, wo das Interesse am guten Geschäft nun wirklich—möchte man meinen—keinem Beobachter wie ein Dienst am Arbeiter und seinem Lebensunterhalt vorkommen kann, wird dem Kapitalisten nach gutem demokratischen Brauch nur eines zur Last gelegt: Er hat *seine Sache schlecht gemacht*, sich an seinen eigenen Maßstäben vergangen, und nur deshalb „*muss*“ er jetzt entlassen!

### ... beim sich wechselseitig Niederkonkurrieren

Mit dem peinlichen Eindruck, dass sie sich zum Fürsprecher des Konkurrenzserfolgs „*ihres*“ Betriebs aufschwingen, also ganz locker dafür eintreten, dass sich anderswo „*ver*“kalkuliert wird, können diese Fanatiker der Gleichung „*ordentliches Geschäft = sichere Arbeitsplätze*“ offenbar gut leben. Ebenso mit dem begründeten Verdacht, dass der Eifer,

den ein Betriebsrat in seiner Parteinahme für geschäftstüchtig herbeikalkulierte Arbeitsplätze an den Tag legt, in anderer Hinsicht Zurückhaltung verrät. Wer sich so für *Arbeitsplätze schlechthin* als „Leistung“ des Kapitals begeistert, hat es nämlich nicht so sehr mit einer Kritik daran, wie Arbeitsplätze beschaffen sind. Und noch weniger fällt ihm ein Zusammenhang zwischen den Anforderungen an „geschaffenen“ Arbeitsplätzen und den abgeschafften auf. Das würde nun wirklich nicht gut zu der als Kritik daherkommenden Aufforderung an Unternehmer passen, sie möchten genau rechnen und allzeit erfolgreich Geschäfte machen.

Kapitalisten lassen sich den „*Missmanagement*“-Vorwurf gerne gefallen. Was die Anspielung auf ihr persönliches Versagen angeht, entlasten sie sich mit dem Verweis auf den Markt, auf Konkurrenten und auf allerlei Faktoren, für die sie garantiert nichts können. Wenn sie dann zugeben, nicht rechtzeitig auf die neue Lage reagiert zu haben, dann ist dies die Vorbereitung der Botschaft, dass sie mit der jetzt beschlossenen Umstellung, zu der eben die Entlassungen gehören, genau das Nötige tun. Von ihren betriebswirtschaftlichen Kritikern gar nicht mit einem Angriff konfrontiert, der die *Unvereinbarkeit* ihres guten Geschäfts mit den Interessen der Lohnabhängigen behauptet, tragen sie den *Gegensatz* gelassen aus. Während sie sich praktisch dem Geschäft auf Kosten der Belegschaft widmen, begeben sie sich theoretisch ganz auf die Linie derjenigen die sie tadeln. Erstens betonen sie, wie sehr sie selbst unter ihrem kranken Unternehmen leiden, das sie immerhin mit der Belegschaft und zu ihrem Wohl aufgebaut hätten. Zweitens sind sie jetzt zur Gesundung entschlossen, so dass die Entlassungen nur als die unumgängliche Maßnahme zur Sicherung der—übrigen—Arbeitsplätze betrachtet werden müssten.

Die Kapitalisten vermehren also nicht nur ihren Reichtum, sondern auch die falschen Vorstellungen, die in der Gesellschaft umlaufen. Wenn schon daran geglaubt wird, dass die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen den—ordentlich versehenen—Beruf des Unternehmers ausmacht, dann sind Arbeitslose allemal der beste Beweis dafür.

## 1. Anwendungsfeld demokratischer Kritik: Warum es Arbeitslose gibt

Das fragt sich mancher Zeitgenosse, vor allem deswegen, weil sie öfter zunehmen und immer nachgezählt werden. Und da es in der Demokratie üblich ist, alles, was man nicht versteht noch billigt, zu erklären, gibt es Auskünfte über die Notwendigkeit der überflüssigen Lohnarbeiter. Dabei scheuen die hiesigen Demokraten, gestandene Gegner überholter Klassenkampfvorstellungen, keine Mühe. Insofern als sie ihre Staatsform als die Überwindung der rohen Sitten vergangener Tage schätzen gelernt haben, ist ihnen jede Vereinfachung zuwider, die bei übrigen Lohnarbeitern zu der Überlegung führt, *wofür* sie denn eigentlich nicht gebraucht werden. Dass sie auf Lohnarbeit angewiesen sind, ihre Dienste sich aber einfach nicht *rentieren*— dergleichen käme ja einer Polemik gegen die freie Marktwirtschaft ziemlich nahe. Eine solche Vorstellung würde glatt das allseits beliebte „Gewinnstreben“ und unser „Wachstum“ dafür verantwortlich machen, dass es eine erhebliche Anzahl von dienstbaren Geistern gibt, deren Dienste nicht gefragt sind. Kurz: In einer freien Gesellschaft wie der unsrigen gehört Arbeitslosigkeit nicht einfach „dazu“, sondern ist das traurige, bedauernswerte Resultat von lauter nicht in den Griff zu bekommenden Umständen.

Dass kein geltendes und geheiligtes Interesse an überflüssigen Arbeitskräften schuld sein kann, geht schon einmal daraus hervor, dass die eine oder andere Ziffer bei der Zählung des Volkes beweist, wie *regional* bedingt der Bedarf an Arbeitskräften ist. Wo es an der Gegend liegt, herrscht „*regionale Arbeitslosigkeit*“. Das leuchtet ein, denn es ist ja nicht zu übersehen, dass dort—z. B. im Osten der Republik—ein schöner Prozentsatz tobt.

Ganz anders liegt die Sache anderswo, wo nicht der Ort, sondern die Veränderungen im Geschäftsleben Prozente stiften. Das erlaubt den Schluss auf die *Zusammensetzung* der Wirtschaft dort, die einseitige oder auch nicht genü-

gend „gezielte“ Ausrichtung des Handels und Wandels. In solchen Fällen—vielleicht die Küstenstädte mit Werften, womöglich das Revier—*herrscht* eine ganz andere, nämlich die „strukturelle Arbeitslosigkeit“. Das sitzt, weil ein solcher Grund für das Auftreten des Übels ja wirklich kaum von jemand verursacht oder gewollt sein kann. Genau so ist es mit einem Prozentsatz der Arbeitslosenstatistik, der immer wieder vorkommt. Die „saisonale Arbeitslosigkeit“ steigt und fällt mit den Jahreszeiten, wie der Name schon sagt. Das Entlassen und Einstellen lässt sich eben auch gut am Wetter entlang registrieren, wenn man unbedingt den Wechsel von Temperaturen für die Entscheidungen verantwortlich machen will, die da immer so fallen. Nicht viel anders als das Wetter kommt das *wirtschaftliche* Klima in Betracht. Wer wüsste nicht, dass es Auf und Ab gibt, die noch so findige Unternehmer und auch die allerfleißigsten Leute endgültig zur Ohnmacht verurteilen! Manchmal herrscht eben „konjunkturelle Arbeitslosigkeit“—und das kann jeder verstehen, dem es einleuchtet, dass Krisen, ein unter Zahlungsunfähigkeit „leidender“ Markt, schlechte Anlagemöglichkeiten usw. allemal für eines gut sind: dass die auf Lohnarbeit angewiesenen gewöhnlichen Menschen dafür haftbar gemacht werden. Region, Struktur, Saison und Konjunktur sorgen mithin dafür, dass es in der Bundesagentur für Arbeit dauernd etwas zum Zählen gibt.

**Lauter „Faktoren“ des Geschäfts, Dinge, mit denen kalkuliert wird, erhalten die Bedeutung einer unbeherrschbaren Ursache dessen, was wir alle nicht mögen.** Diejenigen, die sich der schwierigen Aufgabe verschrieben haben, ein Unternehmen marktgerecht zu leiten und darüber Arbeitsplätze zu schaffen, sind in mancher Hinsicht aufgeschmissen. Und der Gipfel ihrer *Ohnmacht* ist damit noch nicht einmal erahnt. Der letzte und immer häufiger auftretende Grund für den leidigen Umstand, dass Unternehmen weniger Arbeitskräfte brauchen, als es gibt, besteht nämlich darin, dass es *Konkurrenten* gibt. Die wohnen und unternehmen im Ausland, tun genau genommen nichts anderes als

ihre Kollegen bei uns—und doch: Sie sind der Grund für die Entlassungen *hier*.

Das *Schöne* an diesem Ergebnis demokratischer Ursachenforschung ist: Wenn schon Geschäftsleute in den sauren Apfel beißen müssen und Arbeitsleute entlassen müssen, dann nicht hier und bei uns. Das ist das Prinzip der Solidarität—natürlich die mit dem „*eigenen*“ Betrieb, mit dem „*Arbeitgeber*“, von dem man schließlich abhängig ist.

Wenn der „*eigene*“ Arbeitgeber durch die ziemlich unfaire Tour der anderen—Subventionen, Handelshemmnisse usf.—dazu gezwungen ist, sein Geschäft durch Ersparnisse bei den Lohnkosten gegen die Konkurrenz zu retten, dann geht das Opfer der Lohnabhängigen auch in Ordnung. Zum Ausgleich für die erlittenen Verluste kann man sich den Dienst am *Interesse der Nation* zu Gute halten.

Gefragt ist also gerade an der *sozialen* Frage, beim „*Problem*“ der Arbeitslosigkeit, Einsicht in und Verständniss für die Notwendigkeit von Rationalisierungen: Mit Rationalisierungen verbundene Entlassungen verdienen rückhaltlosen Respekt; es handelt sich dabei um die einzig brauchbaren, weil unausweichlichen Maßnahmen, mit denen sich „*Arbeitgeber*“ durchsetzen können und ihres Amtes walten. Unterliegen sie nämlich in der internationalen Konkurrenz, haben die Proleten *auch* nichts zu lachen.

Die „*Klärung*“ der Schuldfrage ist also richtig verstanden, wenn die Bereitschaft zum richtigen „*wir*“ daraus folgt. Nur durch Opfer bleibt „*unser Arbeitgeber*“ einer.



## 2. Anwendungsfeld demokratischer Kritik: Die Gefahren der Arbeitslosigkeit

Die Suche nach Gründen für überzählige Lohnabhängige verläuft durchaus erfolgreich. Auch über die Lehren, die praktisch aus den theoretischen Anstrengungen des engagierten demokratischen Sachverständes zu ziehen sind, besteht kein Zweifel. Und dennoch—die beste aller Staatsformen mag sich offenbar nicht nachsagen lassen, dass sie und ihre Repräsentanten nichts unternehmen. Zwar steht auf der Grundlage von reichlich widersinnigen Beweisführungen fest, dass die industrielle Reservearmee ohne Zutun derer, die sie schaffen, entsteht und auch wächst. Doch zum *Befürworter* einer unsozialen Affäre dieser Größenordnung will sich keine Instanz aufschwingen. Gegen die Arbeitslosigkeit muss man schon sein, und sei es nur in der Form, dass man ein besseres Investitionsklima samt der einschlägigen Anreize schaffen möchte.

Gegen die Arbeitslosigkeit energisch wettern, sie für unerträglich halten—das lässt sich erst einmal ganz gut durch kräftiges Deuten auf die *Opfer* erledigen. Ein Gewerkschafter vermerkt angesichts einiger tausend neuer Entlassungen, dass da wohl „*Menschen verschoben und verscherbelt werden*“. Eindruck machen will er damit all denen, die meinen, das stünde dem Laden, in dem sie leben und dem sie die Treue halten, auf keinen Fall an. Der radikal-humanistische Schrei lebt einzig von der Opposition zum Glauben, dass so etwas bei uns nicht ständig auf der Tagesordnung wäre. Irgendwie hat man den Eindruck, dass der Vorstand der IG-Metall etwas versäumt hat. Nicht nur die zweieinhalb Millionen offiziell Vershobenen, sondern auch wie es im wirklichen Leben sonst und in den Fabriken im Allgemeinen zugeht. Wer das Erniedrigen und Beleidigen von leibhaftigen Menschen verhindern will, sollte um seiner Glaubwürdigkeit willen besser nicht schon dreißig Jahre ein Amt in einer deutschen Gewerkschaft, damit auch in Aufsichtsräten bekleidet haben. Es sei denn, er meint mit seiner Anklage etwas ganz anderes. Nämlich, dass es ein schlechtes Licht auf das von ihm

mitverwaltete *System*, auf die von ihm mitgestaltete Arbeitswelt wirft, was im z. B. Revier nun zum etwa vierzigsten Mal passiert—eine trocken angesagte Massenentlassung, die dann auch mindestens halb so groß abläuft.

Aus Gewerkschaftskreisen tönt die Warnung man solle nicht zuviel „*sozialen Sprengstoff*“ anhäufen—und diese Warnung ist schwerlich mit dem Willen zu verwechseln, endlich aufrührerisch tätig zu werden. Genau umgekehrt will die Botschaft verstanden sein: Sie möchte das gute System vor Schaden bewahren und rät deshalb zum vorsichtigen und dosierten Kalkulieren mit den Arbeitslosen. Natürlich in Deutschland mit einer kaum, aber immer noch salonfähigen Anspielung auf den Faschismus—als wäre Entlassung dasselbe wie ein automatisches Bedürfnis nach einem Hitler.

Die Kritik an der Arbeitslosigkeit, wie sie unsere Staatsform belebt, leidet also keinesfalls an Orientierung. Ihr Leitfaden ist die Befürchtung, dass eine stattliche Reservearmee ein Argument dagegen abgeben und als solches irgendwem einleuchten könnte. Leider ist diese Logik nicht nur bei denen üblich, die etwas zu melden und zu verantworten haben. Man kann auch schwer „*betroffen*“ und von unten klagen, dass mit einer Massenentlassung in einem Stadtteil des Reviers so gut wie alles futsch ist. Dass *das Leben* und *die Heimat* erledigt sind, wenn ein Stahlkonzern seine Kalkulationen auf den fälligen Stand bringt, taugt ziemlich schlecht, wenn es einen Antrag an die Thyssen-Aufsichtsräte darstellen soll. Mehr als die Erinnerung daran, dass man sich—als Mensch, Konsument, Nachbar, Wirtshaugast, Mieter und Fußballfan ... —ziemlich in *Abhängigkeit* begeben hat von dem „*Arbeitgeber*“ der Gegend, ist es eben nicht. Und der Vorschlag, es doch bei dieser Abhängigkeit zu belassen, ist ziemlich müßig, weil die andere Seite gerade ermittelt hat, dass es nichts mehr bringt. Wer den Schaden hat, sollte nicht mit seinem Einverständnis protestieren gehen, dass er für seine vorgestern noch in Anspruch genommenen Dienste aufbringt.

Immerhin gibt es genug kluge Köpfe in der Republik, die wenigstens eines mitbekommen haben vom Kapitalismus: Dass es ums *Geld* geht, und die Nicht-„*Beschäftigung*“ von so vielen Leuten die Folge einer Rechnung ist—und nicht der böse Wille, einen Teil der arbeitenden Klasse heimatlos zu machen. Diese Durchblicker wenden das *Prinzip demokratischer Kritik*, welches ein energisches Dafürsein gebietet und jeden Einwand so enorm konstruktiv ausfallen lässt, gleich ganz glaubwürdig an. Sie verweisen auf die Kosten der Arbeitslosigkeit. Nicht auf die, die bei den Opfern entstehen, sondern auf die die sie dem System und seinen kalkulierenden Instanzen bereiten. So fällt ihnen die zweite ökonomische Bedeutung lohnabhängiger Kreaturen im Kapitalismus ein. Sie verweisen darauf, dass mit ihrem Lohn einiges an *Kaufkraft* für die Wirtschaft verloren geht. Und dass der Staat, der bei beschäftigten Lohnabhängigen kassieren kann und Geld in die Kassen seiner Zwangsversicherungen kriegt, dieses schöne Geld nun zu dem gänzlich unwirtschaftlichen Zweck der Almosenverteilung verplempert. Mit solchen gutgemeinten Klarstellungen über die Dienste, für die Lohnabhängige außer ihrer Arbeit auch noch ausersehen sind, täuschen sie sich nur ein wenig über die Rechnungen, die im Kapitalismus wirklich entscheidend sind. Es geht um *rentable Arbeit* und um ebenso *rentable Armut* und beides lässt sich mit einer gut organisierten Reservearmee schon bewerkstelligen.

### 3. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

ist eine schwierige Sache. Der Betreuungs- und Mitleidswahn, der schwer in Mode gekommen ist, das Selbsthilfewesen und die Sinnveranstaltungen, auf denen sich „Betroffene“ ganz entschieden bezichtigen, *nichts Minderwertiges* zu sein—all das ist von vornherein nicht darauf berechnet, etwas wzu ändern. Da geht es ums Aushalten.

Das klassische Kampfmittel der Lohnabhängigen, der Streik, taugt allerdings auch recht schlecht. Wie sollte man

auch durch Entzug von Diensten, die keiner in Anspruch nehmen will, die eigene Benützung erzwingen!

**Insofern stellt die Arbeitslosigkeit jeden, der sie loswerden möchte, vor die Systemfrage: Entweder wollen die braven Opfer der Lohnarbeit weiterhin mit und von den Grundrechnungsarten des Kapitals leben—dann können sie es nicht. Oder sie wollen ein passables Leben—das nicht in den vom Kapital eröffneten Alternativen zu kriegen ist. Dann müssen sie aber auch Schluss machen mit ihrer Bereitschaft, in sozialfriedlicher Koexistenz dem Kapital zur Verfügung zu stehen. Man kann schließlich die Systemfrage auch einmal umgekehrt aufmachen.**

# Ein Sittengemälde der bürgerlichen Klassengesellschaft: Vorweihnachtliche Spendenaktionen

Alle Jahre wieder hat in der Vorweihnachtszeit die Nächstenliebe Konjunktur. Sie spendenwirksam in Fahrt zu bringen, sehen traditionsgemäß neben den Kirchen auch die weltlichen Betreuer der staatsgläubigen Untertanenmoral, die Tageszeitungen, als ihre weihnachtliche Bürgerpflicht an. In ihren bekannten Advents-Hilfsaktionen stellen sie „Schicksale“ von in Not geratenen Mitbürgern vor, leisten also ihren Beitrag zur vorweihnachtlichen Selbstlosigkeit, indem sie *anderen* die Gelegenheit zu helfen geben, in Gestalt eines kleineren Geldbetrags, zu überweisen auf eines der zahlreichen Spendenkonten.

## 1.

Ohne fürchten zu müssen, eine Welle der Empörung in der aufgebrachtten Bevölkerung auszulösen, führen die humanitär gesinnten Elendsreporter ungerührt die ganze Brutalität unseres sauberen Klassenstaates vor. Zeitungen, die tagaus, tagein gegen überzogene Ansprüche einer „besitzstandsorientierten“ Bevölkerung hetzen, die Löhne als „zu hoch“ geißeln und die Kosten für die in der Arbeiterschaft massen- und dauerhaft anfallenden „Sozialfälle“ inzwischen für „unbezahlbar“ halten, schildern plötzlich *Alter* und *Krankheit* als eine Katastrophe, die den Betroffenen das bloße Existieren schier unmöglich macht. *Alter*? Das *Alter* wäre doch wohl weiter nicht tragisch, wenn man genug Geld und Kraft hat, um sich das Leben gemütlich zu machen! Was ist am *Alter* schlimm, wenn man geruhsam gelebt hat? Man sehe sich nur einmal die kraftstrotzenden Endsechziger und Mittsiebziger unter den Künstlern, Pfaffen, Professoren und Politikern an, die einfach nicht altern wollen! *Krankheit*? Dafür gibt es doch wohl die Ärzte, die dazu da sind, einen zu betreuen.

Am bloßen Altsein oder der Krankheit liegt es eben auch nicht, wenn beides sich bis hin zur Bestreitung der Überlebensmöglichkeit zerstörerisch auswirkt. Die Beispiele, die zur Stimulierung der Spendenbereitschaft dem mitleidigen Publikum ausgemalt werden, lassen da keine Zweifel:

**„Karins Vater wurde krank, musste seinen Beruf aufgeben. Seitdem lebt das Ehepaar mit seinen drei kleinen Töchtern von einer kleinen Rente. Der Umzug in eine viel zu kleine Wohnung wurde notwendig ...“ usw. usf.**

Diesen Menschen wird das Notwendigste zum Leben verweigert, nachdem sie das Pech hatten, nicht mehr brauchbar zu sein. Dauert eine Krankheit erst einmal länger und ist sie schwerer als der winterliche Schnupfen, dann hat das ersprießliche Dasein als Lohnempfänger schnell sein Ende. Nach der Entlassung gerät der für unbrauchbar Befundene in die Maschen des sozialen Netzes, und da vollstreckt der Staat an ihm dasselbe Urteil noch einmal: Geld für überzählige Esser bloß zum Leben ... — dafür ist eigentlich jeder Cent zu schade. Weshalb auch der Nachweis der Anspruchsberechtigung als Hindernislauf organisiert ist: Frau F. (79), der es gar nichts nützt, dass sie „*noch rüstig*“ ist und „*bei schönem Wetter die fünf Kilometer bis zum Arzt im nächsten Ort noch zu Fuß läuft*“, durfte der „*Frankfurter Rundschau*“ folgende Erfahrung mit der staatlichen Sparpolitik berichten:

**„Von einer Stelle wurde sie zur nächsten geschickt. Eingetragen hat ihr das insgesamt etwas über 300 Euro. Die Miete allein beträgt seit der Renovierung ihrer Wohnung bereits gut 200 Euro.“**

Die staatlichen Gemeinheiten der Oma gegenüber so ungeschminkt auszusposaunen, ohne dass dabei dem Staat auch nur ein einziges böses Wort nachgesagt wird, unterstellt, dass es in unserer schönen Republik jeder für *normal* hält,

dass man mit den staatlich gesetzten Existenzbedingungen zurechtkommen muss. Dass diese Normalität auf Armut *beruht*, auf dem dauerhaften Ausschluss von Reichtum also, ohne den der Gang zur Arbeit nicht täglich aufs neue notwendig wäre, stört denjenigen nicht, der schon zufrieden ist, wenn man überhaupt zurechtkommen *kann*—welche Kunststücke man sich dafür auch immer einfallen lassen muss. *Wirkliche* Armut fängt für ihn erst dann an, wenn beim besten Willen das Zurechtkommen nicht mehr geht. Das gilt dann als „*Extremfall*“, als *Ausnahme*, mit der die gewöhnliche Frettereie des Lohnarbeiterdaseins nichts zu tun hat. Diese kann man nämlich aushalten, also sind Zustände, die man nicht mehr durchsteht, auf keinen Fall einfach die Auswirkungen des täglichen Knocheninhaltens gegen eine kümmerliche, keine Zukunftsabsicherung zulassende Entlohnung, sondern etwas ganz anderes: Not. So ist der Grund für die Elendsfälle, an denen sich die Vorweihnachtschris ten das Herz erwärmen, glücklich um die Ecke gebracht, indem die Lohnarbeit und ihre Folgen nach dem Grad ihrer Aushaltbarkeit auseinanderdividiert werden. Not wird als *Unglück* angesehen, das einen Menschen *grundlos* trifft, als Folge des zufälligen Zusammentreffens vieler verschiedener widriger Umstände. Arbeitslosigkeit als Schicksal, die knappe Rente als zusätzliche erschwerende Bedingung, die zur Einsamkeit und den Depressionen dazukommt, der Tod des Mannes, die Scheidung der Tochter, Krankheit und Invalidität—all das taucht friedlich und gleichberechtigt nebeneinander auf. Lauter missliche Umstände firmieren so als Ursache des Elends, und keiner will mehr sehen, dass derartige „*Schicksalsschläge*“ nur bei solchen Figuren zur existenziellen Bedrohung werden, die selbst nichts haben, um ihr Auskommen zu sichern, daher vom Verkauf ihrer Arbeit leben müssen für ein Entgelt, das weder die Kosten einer Scheidung noch eines vierten Kindes oder gar von Phasen längerer Arbeitsunfähigkeit abdeckt—wenn sie überhaupt das zweifelhafte Glück haben, eine Arbeit zu finden.

## 2.

Im Kapitalismus gilt das Gesetz: Wer nicht arbeitet, obwohl kein anderer Erwerb für ihn vorgesehen ist, *hat* nichts zu essen. Das radikale Staatsbürgerbewusstsein verschärft dies zu der moralischen Losung: Wer nicht arbeitet, *verdient* nicht zu essen. Entsprechend hat der moderne Christenmensch in Sachen Mitleid so seine Ansprüche. Nicht jeder Fall von Armut regt sein Mitleid an. Ein „Dauerstudent“ z. B., der sich mehr schlecht als recht mit Gelegenheitsarbeiten durchschlägt, oder eine osteuropäische Elendsfigur, die sich von professionellen Schleppern in einen Kleinbus eingepfercht über tausend Kilometer nach Deutschland karren lässt, um im Vorweihnachtsrummel ein paar Kreuzer zu erbetteln und prompt von Presse und Rundfunk als „Abstauber“ entlarvt wird, wird, statt Mitleid zu erwecken, eher den Vorwurf zu hören bekommen, zum „*arbeitsscheuen Gesindel*“ zu zählen. Man sieht also: Die Menschlichkeit richtet sich keineswegs bedauernd auf *jedwede* Not, sondern sie macht da ihre deutlichen Bedingungen: Mitleid verdient nur, wer nachweislich *schuldlos* in Not geraten ist. Die Lebensgeschichte eines Elendsopfers ist eigentlich erst dann wirklich rührend, wenn sie zeigt, dass sich hier einer den Brutalitäten, die der Kapitalismus für sein Arbeitermaterial so auf Lager hat, bis zum bitteren Ende unterworfen hat. Die weihnachtlichen Hilfsaktionen tragen dieser brutalen Bedingung christlichen Mitleids vorbildlich Rechnung, indem sie vorwiegend von Fällen berichten, bei denen die Betroffenen Höchstleistungen in Sachen Aushalten von Zwängen erbringen; z. B.:

**„Auch die neue Arbeit nahm sie mit großer Energie wieder auf, packte zu, veränderte, was ihr nötig erschien. ‚Ich hab‘ gearbeitet wie ein Mann‘, erzählt sie. Irgendwann hat aber dann der Körper nicht mehr mitgemacht.“**

Hier liegt eindeutig *echtes* Unglück vor. Weihnachtsseligem Drang zu helfen stellt sich ein, der sich in klingender Münze niederschlägt.



## 3.

Dieser Griff zum Geldbeutel soll Hilfe sein? Wenn man das ernst nähme, müsste man schier verzweifeln. Das Almosen ändert ja nichts an den Ursachen der Not, sie bleibt nach seinem Verzehr genau dieselbe wie davor. So macht das gute Gewissen des weihnachtlichen Menschenfreunds meist schon beim Gang auf die Bank und beim Ausfüllen des Spendenformulars nicht mehr so recht froh. Die unchristliche Lauheit in Sachen Spendenlust während des sonstigen Kirchenjahres muss einem ja hier wohl oder übel einfallen—auch ein Punkt, an dem man merken könnte, dass Almosen die Not nicht verkleinern, sonst müssten sie nicht dauernd wieder gegeben werden. Statt sich ein schlechtes Gewissen zu machen und sich mit den Mutter Teresas und Karl-Heinz Böhms zu vergleichen, die das ganze christliche Jahr hindurch mit der Betreuung kapitalistisch produzierter, weltweiter Hungerbäuche und Leichen beschäftigt sind, sollte man hier eine kurze Denkpause einlegen: Sollte man wirklich die Herstellung der Not durch Staat und Kapital mit seinem eigenen schlechten Gewissen begleiten, damit diese umso ungenierter weitermachen können? Letztlich ergänzt man doch bloß die Opfer, zu denen andere gemacht worden sind, durch sein eigenes. Man sollte sich also nicht vormachen lassen, dass den „Armen“ eigentlich nur unsere Hilfe abgeht, und sich gegen solch zynische Vorstellungen wie die folgende verhalten:

**„Hilfe kann bereits ein Schritt im Gedränge sein, eine Geste, ein einfacher Satz, ein Zeichen, dass man den Mitmenschen sieht, nicht an ihm vorbeiblickt. Hilfe ... bewirkt mehr als nur die Linderung der akuten Not. Sie nimmt auch jenes so verzweifelte Gefühl der völligen Verlassenheit ...“**  
(Süddeutsche Zeitung)

Kaltschnäuzig wird hier vorgeschlagen, man solle einer x-beliebigen Oma, die zu spüren kriegt, dass kein Bedarf nach ihr besteht, einfach so zum Spaß vormachen, sie würde

doch noch gebraucht und geliebt werden (eine saubere Liebe, auf die man als Dank für Dienste Anspruch erhebt!).

Damit ist Hilfe auf ihren dürftigen Kern gebracht: Sie ist die geheuchelte Anerkennung des moralischen Werts des Hilfsbedürftigen.



Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert—das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu ‚bewirken‘ oder zu ‚verändern‘.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzige Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis—vom ‚Druck der Straße‘—viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

241 S., DIN-A5,  
Fadensiegelung mit  
Efalinkarton  
ISBN 978-3-929211-13-9  
14,80 EUR

---

**Diskussionstermine  
der Politischen Gruppe zu  
wechselnden Themen aus  
den Bereichen Politik,  
Ökonomie, Gesellschaft  
und Wissenschaft**

**– in Erfurt:  
jeden zweiten Dienstag, 19 Uhr,  
Lassallestr. 50  
(im offenen Bereich)**

**– in Jena:  
14-tägig, 19 Uhr, Umweltbibliothek,  
Schillergäßchen 5**

---

**Weitere Informationen,  
aktuelle Themen, Ankündigungstexte  
und Materialien unter:  
[pg.blogspot.de](http://pg.blogspot.de)**